

Medienmitteilung

Bern, 26. November 2011

Druck auf Immobilienmarkt nimmt weiter zu – Gegenmassnahmen notwendig

Immobilien sind auf Grund der tiefen Zinsen und der unsicheren Wirtschaftslage attraktive Anlageobjekte. Gleichzeitig führt das Bevölkerungswachstum auf Grund der Personenfreizügigkeit zu einem zusätzlichen Druck im Wohnbereich. Die Delegierten des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands haben an ihrer Generalversammlung griffige Massnahmen gegen steigende Mieten und Immobilienpreise gefordert.

Die tiefen Zinsen und die unsichere wirtschaftliche Situation führten dazu, dass immer mehr Geld auf den Immobilienmarkt fliesst. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerung auf Grund der Personenfreizügigkeit weiter zu. Dies führt zu einer Überhitzung des Immobilienmarkts und zu steigenden Wohnungspreisen und Mieten. Rudolf Strahm, Ökonom, verwies in einem Vortrag an der Generalversammlung des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands auf die Gefahren, dass Banken Immobilien zu hoch belehnen, auf die langfristigen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit und auf die Notwendigkeit, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu verstärken.

Die Delegierten des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands verabschiedeten eine Resolution, welche griffige Gegenmassnahmen verlangt. Sie fordern eine Offensive zu Gunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die Erarbeitung eines Masterplans Wohnen im Zusammenhang mit der Raumplanung sowie einen besseren Schutz der Mietenden vor Kündigungen und weiteren Mietzinsaufschlägen. Weiter soll der Bund aktiv werden, damit die Immobilienblase nicht zu gefährlichen Auswirkungen auf dem Mietwohnungsmarkt führt. Die Lex Koller soll wieder auf börsenkotierte Immobiliengesellschaften ausgedehnt werden, die Banken müssen höhere Eigenmittel bei einer hohen Belehnung von Liegenschaften ausweisen und die steuerliche Eigentumsförderung soll zur Verhinderung einer weiteren Anheizung des Immobilienmarktes eingestellt werden – auf keinen Fall sollen mit einem neuen Bausparen weitere Fehlanreize geschaffen werden.

Die Delegierten haben weiter der Einsetzung von zwei Arbeitsgruppen zugestimmt, die eine Volksinitiative in den Bereichen Mietrecht und/oder Wohnpolitik prüfen sollen. In nächster Zukunft wird der Verband aktiv die Bausparvorlage, die am 11. März zur Abstimmung gelangt, bekämpfen.

Für Auskünfte:

Marina Carobbio, Präsidentin, 079 214 61 78

Anita Thanei, Präsidentin Deutschschweizer Mieterinnen- und Mieterverband,
079 634 47 18

Carlo Sommaruga, Generalsekretär ASLOCA Romande 079 221 36 05

Michael Töngi, Generalsekretär, 079 205 97 65